



Eckwertebeschluss zum Haushalt 2015

Budget des Juristischen Dienstes - 107

Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
Beteiligungen und innere Organisation
am 11.09.2014

Aufgabenbeschreibung



Der Juristische Dienst betreut das Produkt „Allgemeine Rechtsangelegenheiten“ (Produktnummer: 1110209).

Die Wahrnehmung dieser Aufgaben erstreckt sich auf Beratungstätigkeiten für den **Rat** und seine **Ausschüsse**, für den **Verwaltungsvorstand** sowie für **Fachdienste** und **Betriebe**.

Die Beratungstätigkeiten dienen mittelbar der Erreichung der TOP-Ziele (**Verbesserung der Rahmenbedingungen für Arbeit**, z.B. durch Abfassung von Miet- und Ansiedlungsverträgen; **Aufwertung der Innenstadt**, z. B. durch Abfassung städtebaulicher Verträge; **Förderung der Lebensqualität**, z.B. Gestaltung von Verträgen mit sozialen Einrichtungen).



Hinter dem Produkt „Allgemeine Rechtsangelegenheiten“ steht ein vielfältiges und breitgefächertes Spektrum an Tätigkeiten wie Vertragsgestaltungen (s.o.), wie Prozessführung auf den Gebieten des insbesondere des Verwaltungs-, des Zivil-, des Sozial-, und des Arbeitsrechts; außerdem die Bearbeitung, Betreuung und Abwicklung von Versicherungsangelegenheiten. Das wird deutlich aus der nachstehende zu leistenden

Tätigkeiten

- Rechtsberatung (z.B. für **Rat und Vorstand** in nicht nur kommunalrechtlichen Angelegenheiten; für die **Fachbereiche/dienste** im Vorfeld zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten, für die **Betriebe** in Vertragsangelegenheiten u.a.m.)



- **Prozessführung (Prozessvertretung vor den Verwaltungsgerichten, den Sozialgerichten, den Arbeitsgerichten und - soweit kein Anwaltszwang - den Zivilgerichten) u.a. im Baurecht, im Ordnungsrecht, im Sozialrecht, u.a.m.**

am 31.12.12 waren an Rechtsstreitigkeiten anhängig 288

im Jahre 2013 gingen an Rechtsstreitigkeiten ein + 112

Im Jahre 2013 erledigten sich an Rechtsstreitigkeiten - 113

zum 01.01.2014 waren an Rechtsstreitigkeiten anhängig 287

- **Versicherungsangelegenheiten (Gewährleistung von Versicherungsschutz für alle städtischen Liegenschaften durch regelmäßige Aktualisierung des Bestandes; Abwicklung von Schadenfällen, u.a. bei Gebäudefeuer-, Sturm- und Einbruchdiebstahl, Abrechnung von Prämien und Prämien-Erstattungen)**



Im Jahre 2014 waren 75 neue Schadenmeldungen zu verzeichnen. Bis zum 31.12.2014 wurden 19 Schadenfälle abgewickelt; derzeit befinden sich noch 61 Schadenfälle in der Bearbeitung.

Im Jahre 2014 erhielt die Stadt aufgrund günstigen Schadenverlaufs für das Kalenderjahr 2013 eine Beitragsrückerstattung in Höhe von 56.026,00 Euro.



Budget 2015

Erträge:

Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Erstattungen der Fachdienste für Umlagen aus Versicherungen)	300.000 Euro
Erträge aus PKH (= Personalkostenhochrechnung)	15.400 Euro
Interne Leistungsverrechnungen	<u>420.700 Euro</u>
	736.100 Euro

Aufwendungen:

Personalkosten (3,78 Arbeitskräfte)		338.700 Euro
Sach- und Dienstleistungen (Miete, Gebäudereinigung, Fortbildung		8.600 Euro
Abschreibungen		100 Euro
sonstige ordentliche Aufwendungen		
Versicherungsbeiträge	300.000 Euro	
Fachliteratur, Büromaterial, Rechtsstreitkosten u.m.	<u>57.000 Euro</u>	357.000 Euro
Interne Leistungsverrechnungen		<u>31.700 Euro</u>
		736.100 Euro



Ausblick 2016:

Im aktuellen PwC Gutachten ist festgehalten:

Von der Stabsstelle Juristischer Dienst wird das Produkt „Allgemeine Rechtsangelegenheiten bewirtschaftet, das bezüglich Haushalt und Personaleinsatz keine Besonderheiten aufweist. In der Stabsstelle wird auch die Aufgabe der Versicherungsstelle wahrgenommen (0,8 Stellenanteile), was sachgerecht ist.

Der derzeitige Gesamtstellenbestand von 3,78 Stellen soll zukünftig um eine Stelle reduziert werden - nach Ausscheiden eines derzeitigen Stelleninhabers (Volljurist). Es ist deswegen ein Ansteigen der entsprechenden Sachaufwendungen für Vertretung durch Anwälte zu erwarten.

Es sollten zukünftig fortlaufend entsprechende Wirtschaftlichkeitsvergleiche durchgeführt werden, ob durch Stellen- und Personaleinsatz oder durch externe Anwälte eine kostengünstige Vertretung der Stadt gesichert werden kann. Dabei sind natürlich die fachlichen Besonderheiten und langfristige Aspekte zu berücksichtigen.



Es ist zweifelhaft, ob die Vergabe von juristischen Leistungen durch Beauftragung von Rechtsanwälten günstiger ausfällt als die Beschäftigung eines Juristen. Der durchschnittliche Stundensatz für eine anwaltliche Beratung liegt bei mindestens 200,00 Euro. Werden wöchentlich 13 Stunden an anwaltlicher Beratung benötigt, liegen die Jahreskosten über den Jahreskosten für die Beschäftigung eines Juristen.

Aspekte wie z. B. hausintern kürzere (Lauf-) Wege, schnellere Erreichbarkeit oder langjährige Erfahrungswerte - besonders fachdienstübergreifende oder zu wiederkehrenden „Stammkunden“ - sind hierbei noch nicht berücksichtigt.